

2013-04-15

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

(teilweise gemeinsam mit dem

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus)

am 09.04.2013

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:35 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Rumpf, Frank

Vertreter für Herrn Gebhardt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert

Vertreter für Herrn Laue

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Fraktion NEUES FORUM

Hofmeister, Dirk

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde aufgrund der Abwesenheit des Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie dessen Stellvertreters festgelegt, dass die Leitung der gemeinsamen Sitzung durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, wahrgenommen wird.

Herr Schönemann stellte die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Gremien (6 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt) fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, für den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt der **Antrag** gestellt, die Tagesordnungspunkte 9.6 – „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 „Biogasanlage Lukoer Straße“, Abwägungsbeschluss“ und 9.7 - „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 „Biogasanlage Lukoer Straße“, Durchführungsvertrag, Satzungsbeschluss“ zu Beginn des Tagesordnungspunktes „Öffentliche Beschlussfassungen“ als Punkte 9.1 bzw. 9.2 zu behandeln.

Durch **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wurde darauf hingewiesen, dass er zur Behandlung dieser Tagesordnungspunkte das Rederecht für Herrn Vester als Mitglied des Ortschaftsrates Roßlau beantragen werde.

Man befinde sich im Prozess der Offenlage zur Planrechtschaffung, so **Herr Schönemann**. Jedwede Wortmeldung mit alten bzw. neuen Inhalten führe zur Ergänzung der eingebrachten Hinweise und bedinge eine erneute Abwägung, obwohl alles geprüft und abgewogen wurde. Die Vorlage, die seitens der Verwaltung vorgelegt wurde, sei beschlussfähig und ein Abschluss des Verfahrens sollte herbei geführt werden. Obendrein sei er hinsichtlich der Erteilung des Rederechts an die Rahmenbedingungen der Geschäftsordnung gebunden.

Die Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ob die Erteilung des Rederechts das Verfahren wieder öffnen würde, bejahte **Herr Schönemann** mit Verweis auf die Bestätigung des Stadtplanungsamtes, Frau Jahn und des Planers im B-Planverfahren, Herrn Krmela.

Darüber hinaus sei kritisch anzumerken, so Herr Schönemann, dass die zu behandelnden Unterlagen bereits einen Umfang erreicht hätten, der nicht zu bewältigen sei. Hier müsse man neue Lösungen finden, um den Mitteleinsatz zu beschränken.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zu den ausgereichten Tagesordnungen nicht vorgebracht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnisse:

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** einstimmig bestätigt.

6 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** einstimmig in der geänderten Form bestätigt. 9 : 0 : 0

3 Stellungnahme zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans "Daseinsvorsorge in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg" - Festlegung der Grundzentren

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, verwies eingangs darauf, dass seit dem 01.01.2013 die Zuständigkeit als Untere Landesplanungsbehörde vom Referat des OB in das Dezernat VI zum Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege gewechselt sei. Insofern habe man nunmehr einen stärkeren Einblick in die Regionalplanung und von der Absicht der Regionalen Planungsgemeinschaft Kenntnis erlangt, dass nach der Prüfung der Versorgung innerhalb der Planungsgemeinschaft Grundzentren ausgewiesen werden sollen. Das Oberzentrum Dessau-Roßlau sei insofern betroffen, da geplant war, aufgrund der Unterversorgung im nördlichen Bereich der Planungsgemeinschaft Roßlau als Grundzentrum auszuweisen.

Nach Prüfung im Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege habe man auf mögliche Risiken dieser Entwicklung für das Oberzentrum Dessau-Roßlau hingewiesen und eine Abstimmung mit dem Oberbürgermeister und der Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft geführt. Im Ergebnis dessen werde man keine Ausweisung als Grundzentrum vornehmen, Roßlau als Teil des Oberzentrums Dessau-Roßlau werde jedoch Funktionen für die unterversorgten nördlichen Bereiche der Planungsgemeinschaft übernehmen. Eventuelle negative Auswirkungen für das Oberzentrum Dessau-Roßlau seien damit abgewendet.

Da der ursprüngliche Beschluss zur Ausweisung Roßlaus als Grundzentrum durch den Oberbürgermeister nach einer Bürgeranfrage im Stadtrat bestätigt wurde, stellte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Frage, warum eine solche Problemstellung nicht im Vorfeld in der Dienstberatung des OB rückgekoppelt werde.

In einem kurzen Exkurs erläuterte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, die Festlegung des zentralen Ortes im Stadtgebiet Dessau-Roßlaus, die Berechnung der Erreichbarkeit von Grundzentren durch die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft und die ermittelten unterversorgten Bereiche. Dementsprechend sei im Teilplan Daseinsvorsorge vorgesehen, Roßlau als Grundzentrum auszuweisen. Die Gefahr für das Oberzentrum Dessau-Roßlau bestehe u. a. aus der damit verbundenen Reduzierung um rund 12.500 Einwohner für das Oberzentrum. Nach der Verhandlung mit der Geschäftsstelle und dem OB werde man nunmehr eine Darstellung Roßlaus als grundzentraler Versorgungskern vornehmen. Dies werde als Tischvorlage in der Sitzung der Regionalen Planungsgemeinschaft am 12.04.13 ausgereicht. Somit sei das Problem ausgeräumt.

Wichtig sei in diesem Zusammenhang, bei einer Änderung des Landesentwicklungsplans korrigierende Regelungen auf der Ebene der Oberzentren zu erreichen.

In den richtungweisenden Entwicklungen in der Region sei es wichtig, so **Herrn Schönmann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Standpunkte des Oberzentrums Dessau-Roßlau heraus zu arbeiten und im Kontext mit dem Umland zu stärken. Die vormals falsche Ausrichtung wäre fatal gewesen. Als Bitte richtete er an die Fraktionen, diese Thematik zu diskutieren und auch aktuelle Richtungen, z. B. die Vision Anhalt 2050, einzubeziehen.

Die zu diesem Zweck durch **Herrn Otto** angefragte Ausreichung einer Kurzzusammenfassung der Thematik wurde durch **Frau Jahn** zugesagt.

Frau Müller, Fraktion der CDU, zeigte sich in Anbetracht dieses Novums in der Bundesrepublik, die Ausweisung eines Grundzentrums innerhalb eines Oberzentrums betreffend, äußerst verwundert. Diese Experimente seien Gift für die Zukunft des Oberzentrums.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zum unterversorgten Bereich, bezifferte **Frau Jahn** die Anzahl der Betroffenen auf rund 3.000 Einwohner und verwies darauf, dass es sich dabei um eine theoretische Größe handele.

Nachdem durch die **Herren Otto** und **Schönemann** auf die Gefährlichkeit und Unnötigkeit der ursprünglichen Entwicklung hingewiesen wurde, erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch** auf Nachfrage von **Herrn Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, dass man im Ergebnis der vorgenannten Verhandlungen einen Weg gefunden habe, dass alle Seiten ihr Gesicht wahren konnten.

Weitere Rückfragen wurden nicht vorgebracht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, informierte im Zusammenhang mit den im Land Sachsen-Anhalt geplanten Kürzungen bei der Unterstützung von Unternehmensinvestitionen und bei der Vergabe von Fördermitteln. In Schreiben an den Finanzminister Herrn Bullerjahn und die Wirtschaftsministerin Frau Wolff wurde seinerseits auf die prekäre Situation und die damit verbundenen Folgen hingewiesen. Das benannte Schreiben wurde an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus ausgereicht.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Weitere Anfrage oder Informationen wurden nicht vorgebracht.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

6 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Der gemeinsame Sitzungsteil wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 17:10 Uhr geschlossen.

Fortsetzung der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

7 Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2013

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 12.03.2013 wurden keine Anmerkungen vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

8 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.03.2013 erfolgten nichtöffentlichen Beschlussfassungen:

Vergabe von Bauleistungen

Vergabe-Nr.: 01/2013 DE-RO, Jahnstraße/Liebknechtstraße Dessau Sanierungsgebiet Nordwest, Gesamtleistung, Los 1 Verkehrssicherung (AG DVV Stadtwerke), Los 2 Fernwärme; Gas; Elt; Schmutzwasserkanal/Trinkwasserleitung (AG DVV Stadtwerke), Los 3 Straßenbau (AG Stadtverwaltung Dessau-Roßlau), Los 4 Straßenbeleuchtung (AG Stadtverwaltung Dessau-Roßlau), Los 5 Begründung (AG Stadtverwaltung Dessau-Roßlau)

Vorlage: BV/045/2013/VI-66

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt (Abstimmungsergebnis 7 : 0 : 0).

Vergabe von Bauleistungen

Vergabe-Nr.: 03/2013 DE-RO, Ersatzneubau Behelfsbrücke Streetzer Brücke K 1255 Stadtteil Roßlau, Gesamtleistung

Vorlage: BV/046/2013/VI-66

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt (Abstimmungsergebnis 7 : 0 : 0).

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

9 Öffentliche Beschlussfassungen

9.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Abwägungsbeschluss Vorlage: BV/038/2013/VI-61

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Nach der Feststellung von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass man die vorgelegten Unterlagen als beschlussfähig einschätzen könne, wurde durch **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, der **Antrag auf Erteilung des Rederechts** für die Vertreter der „Bürgerinitiative gegen die Biogasanlage Lukoer Straße“ gestellt.

Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen führte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, aus, dass man sich im Verfahren der Abwägung befinde und dieser Verfahrensschritt bis zum Satzungsbeschluss durchgeführt werden müsse. Demnach seien alle heutigen Anmerkungen – ob bereits vorgebrachte oder neue Hinweise – in der Abwägung zu berücksichtigen. Dies bedeute, dass eine weitere Verzögerung des Ablaufs einherginge.

Dem gegenüber sei es jedoch ebenso wichtig, so **Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, die Meinung der Gegenseite zu hören und diese Informationen in den Abwägungsprozess einfließen zu lassen.

Dass das Meinungsbild bereits hinlänglich in der Vorlage abgebildet, geprüft und abgewogen sei, argumentierte **Herr Schönemann**.

Für die Anwendung der Regelungen der Geschäftsordnung des Stadtrats votierte **Herr Trocha, Fraktion der CDU**. Dementsprechend seien Anfragen der Bürger nicht zu den auf der Tagesordnung vorgesehenen Themen zulässig.

Man habe diese Vorgehensweise aber bereits mehrfach praktiziert, entgegnete **Herr Hofmeister**. Bislang wurde kein Antrag auf Erteilung des Rederechts abgelehnt.

Seitens der Verwaltung werde eingeschätzt, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass im Verfahren alle Träger öffentlicher Belange sowie die sonstigen Beteiligten gehört wurden. Deren Hinweise und Stellungnahmen wurden berücksichtigt, geprüft, und abgewogen. Neue Erkenntnisse seien nicht zu erwarten, jedoch werde der Prozess weiter in die Länge gezogen. Mit Blick auf den bereits lang andauernden Prozess und unter Bezugnahme auf die Zusammenarbeit mit dem Investor müsse sich die Stadt fragen, ob sie eine weitere Verzögerung in Kauf nehmen wolle.

Da sich die Bürgerinitiative stark in den bisherigen Prozess eingebracht habe, seien nach Ansicht von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Fragen zu stellen, ob gravierend neue Erkenntnisse zu erwarten seien und warum diese den Stadträten im Vorfeld dieser Sitzung nicht zur Kenntnis gereicht wurden. Entscheidend sei doch, dass im weiteren Verfahren zur Erlangung der BlmSch-Genehmigung weitere Aspekte geprüft werden. Bei einer Genehmigungsfähigkeit müsse man auf die erfolgte Prüfung vertrauen, bei Nichteinhaltung der Rahmenbedingungen müssen entsprechende Sanktionen gegen die Betreibung der Anlage verfügt werden.

Mit dem Baurecht schaffe man die Voraussetzung für den Beginn des BlmSch-Verfahrens, erläuterte **Frau Jahn**.

Man setze demnach mit dem heutigen Beschluss das weitere Prüf- und Genehmigungsverfahren in Gang, so **Herr Schönemann**. Eine Beteiligung der Bürgerinitiative sei auch im weiteren Verfahren möglich. Nach seiner Ansicht wurden die Bedenken und Befürchtungen im bisherigen Prüfverfahren sehr ernst genommen.

Im Anschluss wurde über den Antrag von Herrn Krüger abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

2 : 4 : 2

Der Antrag auf Erteilung des Rederechts wurde mehrheitlich abgelehnt.

Auf die Nachfrage von **Herrn Trocha** zur Beteiligung des Wirtschaftsausschusses, verwies **Frau Jahn** auf die Hauptsatzung, die die Zuständigkeit für Bauleitplanverfahren dem Bauausschuss übertragen habe.

Zur Anfrage **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, zur Verpflichtung zur Zustimmung zur Vorlage, erklärte **Herr Schönemann**, dass die Stadträte Teil der Verwaltung seien und ihre Entscheidung gemäß der Sachlage zu treffen hätten. Demnach liege die Verantwortung in der Sachentscheidung, die vorliegende Unterlage sei beschlussfähig.

Die weiteren Anfragen von **Herrn Rumpf**, ob Hinweise zu rechtlichen Beanstandungen bekannt seien und hinsichtlich der Folgen einer heutigen Ablehnung, beantwortete **Herr Beigeordneter Hantusch** dahingehend, dass bei entsprechenden Hinweisen die Vorlage zur heutigen Sitzung nicht eingereicht worden wäre. Eine Ablehnung hätte zur Folge, dass kein Baurecht geschaffen werde.

Gegenteilige Meinungen seien möglich, so **Herr Hofmeister**, da es auch gegenteilige Meinungen bei der Beschlussfassung zur Aufstellung des Bebauungsplanes gegeben habe.

Im Gegenzug müsse man aber auch die Haltung der Stadt gegenüber Investoren kritisch hinterfragen, argumentierte **Herr Schönemann**. Im klassischen Sinne, rede man hier über ein PPP-Projekt, wobei ein kommunales Unternehmen als einer der Nutznießer zu bezeichnen sei.

Da man an dieser Stelle das Baurecht schaffe, äußerte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, und im folgenden Genehmigungsverfahren eine weitere Prüfung erfolge, habe er kein Problem, den Vorgang in die nächste Prüfinstanz zu geben.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 2 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

**9.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Durchführungsvertrag Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/044/2013/VI-61**

Einführungsbedarf oder Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 2 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

9.3 Gestaltungssatzung Dessau Nord- Billigung und öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs Vorlage: BV/056/2013/VI-61

Einführungsbedarf bestand nicht.

Auf die Nachfrage von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, zur Beteiligung des Wirtschaftsausschusses auch unter Bezugnahme der in der Vorlage dargestellten Leitbildrelevanz im Handlungsfeld Stadtentwicklung, verwies **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf die Hauptsatzung, die die Zuständigkeit dem Bauausschuss übertragen habe. Angelehnt habe man sich in den Satzungsangelegenheiten nach Bauordnung an die Verfahren der Bauleitplanung. Zur Leitbildrelevanz erläuterte sie, dass mittlerweile bei allen Vorlagen die Zielstellungen in den einzelnen Handlungsfeldern dargestellt werden. Eine Zuständigkeit sei hiervon nicht abzuleiten.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

9.4 Abwägung und erneute Offenlage des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 216 - Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche Vorlage: BV/057/2013/VI-61

Einführungsbedarf bestand nicht.

Vor dem Hintergrund ehemaliger fraktionsübergreifender Bemühungen, den Standort Kreuzbergstraße als Nahversorgungsstandort zu erhalten, wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, angefragt, warum diese Zielstellung mittlerweile verlassen wurde. Zwischenzeitlich wurden Investitionen durchgeführt, die Versorgung am Standort sei notwendig und auch für das Umland wichtig.

Aufgrund neuer Rechtssprechungen habe man in der Definition zentraler Versorgungsbereiche Korrekturen vornehmen müssen, erläuterte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, die Begründung für die erneute Auslegung des Bebauungsplanentwurfs. Wegen der sich deutlich abzeichnenden Entwicklungen müsse man die Beschlussempfehlung gegenüber dem ersten Entwurf dahingehend anpassen, dass der festgelegte Nahversorgungsstandort keine Berücksichtigung im zweiten Entwurf findet. Bereits im Einzelhandelsgutachten sei diesem Standort keine Zukunftsfähigkeit beigemessen worden. Aktuell befinden sich nach Umsetzung der Stadtumbaumaßnahmen noch 1.600 Einwohner im Einzugsbereich, Erfahrungen belegen, dass für einen Nahversorgungsstandort 5.000 Einwohner nötig wären. Sollte man dieser Empfehlung nicht folgen, ginge das zu Lasten anderer, zu erhaltender Standorte, beispielsweise in der Heidestraße/Augustenstraße.

Mit der Forderung, dass diese Erläuterungen in der Einführung zur Vorlage seitens der Verwaltung vorzubringen seien, votierte **Herr Otto** weiterhin dafür, Entwicklungen am Standort Kreuzbergstraße zu ermöglichen.

Man müsse im Verfahren die Historie beachten und eine Berechenbarkeit gegenüber Investoren zeigen, erklärte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und erfragte mögliche Alternativen.

Bei künftigem Investoreninteresse am Standort könne ein B-Planverfahren durchgeführt werden, so **Frau Jahn**. Dies setze voraus, dass akzeptiert werde, andere Standorte zu schwächen.

Seine vorhergehenden Bemerkungen bestätigend, stellte **Herr Otto** den **Änderungsantrag** zur erneuten Aufnahme des Nahversorgungsstandorts Kreuzbergstraße entsprechend des ersten Entwurfs.

Durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wurde an die laufenden Problemlagen erinnert, die im Zusammenhang mit Anfragen zu Einzelhandeleinrichtungen zu behandeln seien. Man müsse in der Entwicklung einer schrumpfenden Stadt auch schwere Entscheidungen treffen und sich auf lebensfähige Bereiche konzentrieren. Abschließend warb er für die Zustimmung zur Vorlage ohne Änderungen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Im Anschluss wurde der Änderungsantrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 1 : 3

Dem Antrag wurde zugestimmt.

Danach wurden die Beschlussvorschläge zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde geändert bestätigt.

**9.5 3. Änderung des Flächennutzungsplans vom Stadtteil Dessau - Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage im Bereich der Hohen Straße
Vorlage: BV/064/2013/VI-61**

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, informierte eingangs zu dem vorliegenden Antrag des Investors zur Errichtung einer Photovoltaikanlage im Bereich der Hohen Straße und den Bauleitplanverfahren zur Erlangung des Baurechts.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

**9.6 Entscheidung über den Antrag auf Einleitung eines Verfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan / Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 62 "Photovoltaik an der Hohen Straße" / frühzeitige Bürger- und Behördenbeteiligung
Vorlage: BV/063/2013/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

**9.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 61 „Altenpflegeheim an der Feldstraße“
Billigung des 2. Entwurfs und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/047/2013/VI-61**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

10 Öffentliche Anfragen und Informationen

10.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

10.1.1 Informationen zum Terminplan Ersatzneubau der Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts, erläuterte, dass am heutigen Tag eine Verhandlung bei der Vergabekammer zu dem gegen die Vergabeempfehlung der Bauhauptleistung im Vorhaben Muldebrücke (BW 11) vorgebrachten Einspruch stattfand. Die Argumente beider Seiten wurden erörtert, eine Entscheidung wurde nicht getroffen. Hierzu hat sich die Vergabekammer eine Frist bis zum 19.04.13 eingeräumt. Zu den Anmerkungen der Vergabekammer, Unklarheiten in der Ausschreibung betreffend, wurden heute Erläuterungen der Vertreter der Stadt gegeben.

Derzeit kann empfohlen werden, die Fristsetzung bis zum 19.04.13 und die damit verbundene Entscheidung abzuwarten. Bei einem erneuten Vergabeverfahren sei mit erheblichem zeitlichen Verzug zu rechnen.

Parallel müsse ein Plan B aufgestellt werden, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und mit der Landesregierung abgestimmt werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, ob es üblich sei, dass sich die Vergabekammer mit dem Verfahren beschäftige, obwohl bislang keine Vergabe erfolgt sei, erklärte **Herr Pfefferkorn**, dass sich die Vergabekammer mit den Antrag des unterlegenen Bieters beschäftige und nicht mit der Vergabeentscheidung.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

10.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde darauf hingewiesen, dass die mit sehr viel Aufwand nach denkmalpflegerischen Forderungen hergestellten Holzfenster der Bibliothek bereits sehr stark verwittert seien. Auf seine Nachfrage bei den dortigen Mitarbeitern wurde ihm erläutert, dass dies dem Fehlen eines verantwortlichen Hausmeisters geschuldet sei. Zuständigkeitshalber richte er diese Frage nun an das Gebäudemanagement.

Darauf verweisend, dass dieses Gebäude sich in der Verwaltung des Kulturamtes befindet, verwies **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, darauf, dass auch die erforderlichen Unterhaltungsmittel durch dieses Amt zu beantragen seien. Eine Einfügung in die laufende Haushaltsplanung sei aufgrund der laufenden Beratungen sicher möglich. Einen Hinweis an das Amt werde man ausreichen.

Eine weitere Frage formulierte **Herr Otto** in Bezug auf die Abrissplanung für das Objekt Törtener Straße. In der ehemaligen Kindertagesstätte sei durch die VS 92 die Einrichtung von Kurzzeitpflegeplätzen geplant.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, wies auf die Vermietung des Objekts hin. Darüber hinaus prüfe Herr Dr. Raschpichler eventuelle Reorganisationen in diesem Bereich. Eine Lösung der Problematik Kurzzeitpflege werde anders organisiert werden. Abrissplanungen betreffend, könne man dies für das Objekt Törtener Straße 14 aufgrund der Nutzung nicht bestätigen. Für das Objekt Törtener Straße 44 laufen derzeit entsprechende Prüfungen.

Darüber, dass auf der heutigen Tagesordnung die Beschlussvorlage zur Errichtung der Schwimmhalle nicht aufgenommen sei, äußerte **Herr Otto** seine Verwunderung. Der Oberbürgermeister hatte zur letzten Stadtratssitzung seine Zusage gegeben, diese Thematik in der nächsten Sitzung des Stadtrates zu behandeln und eine Vorberatung in den Ausschüssen vorzunehmen.

Man habe sich in der Dienstberatung der Verwaltungsspitze darauf verständigt, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass das Dezernat VI an der Qualifizierung der zurück gezogenen Vorlage zur Abwägung der beiden Standorte mitwirke. Der Zugang der dafür notwendigen Zuarbeiten – u. a. von der DVV – müsse man als schleppend bezeichnen. Man werde sich hierzu morgen mit dem OB verständigen, da ansonsten die Terminstellungen gefährdet seien. Sollten die Zuarbeiten bis dahin vorliegen, werde sich die Verwaltungsspitze am 22.04.13 mit der Thematik beschäftigen, eine Behandlung im Bauausschuss ist am 07.05.13 und im Stadtrat am 05.06.13 geplant.

Zur Genese des Gesamtprojekts sei festzustellen, dass in der Verwaltungsspitze Einigkeit darüber bestanden habe, die WBD als Steuerer des Projekts zu qualifizieren und mit einem

Planer auszustatten. Entsprechende Mittel wurden zur Verfügung gestellt, jedoch nicht entsprechend eingesetzt. Die zurück gezogene Vorlage sei als sehr defizitär zu bezeichnen, deren Inhalte waren zu prüfen und anhand der realistischen Datenlage zu korrigieren.

Nach den Anmerkungen von **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, zur Federführung in der Standortsuche durch das Dezernat VI im Ergebnis der gemeinsamen Ausschusssitzung und von **Herrn Otto**, dass hier eine einseitige Sicht des Dezernats VI vertreten werde, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass es ein einstimmiger Beschluss der OB-Dienstberatung war, die WBD mit einem Planer zu qualifizieren, hierfür Mittel bereit zu stellen und notwendige Strukturen zu schaffen. Dann sei die Geschäftsführung der WBD von dieser abgestimmten Vorgehensweise abgewichen. Eine qualifizierte Beschlussvorlage sei nicht vorliegend.

Das Verfahren als Desaster bezeichnend, wobei sich die Stadt blamiere, verwies **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, auf die Chance für die Stadtentwicklung, die sich mit dieser Bauaufgabe verbinde.

Der Prozess sei nunmehr Ziel führend fortzusetzen, erklärte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

Im Weiteren wurde durch **Herrn Otto** die Grundsatzforderung für künftige Vorlagen aufgemacht, dass Änderungen gegenüber vorherigen Beschlusslagen in der Einführung deutlich zu machen sind.

Bezug nehmend auf Anfragen aus der Altener Bürgerschaft bat er um Aufklärung der Verwaltung zu Vorhaben und deren Abläufe zur Errichtung weiterer Biogasanlagen. Hier biete sich eine Information im Amtsblatt an.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

13 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:35 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 12.04.2013

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlagen:

- Anwesenheitsliste